

Cluster Arbeit, Gesundheit, Soziales, Sport, Wirtschaft, Finanzen

Wohnungs- und Obdachlosigkeit überwinden

<p>Kurzbeschreibung:</p>	<p>Wohnen ist ein Menschenrecht. Dies ist die Basis zur Lösung der vielfältigen Probleme Obdach- und Wohnungsloser. Die Ampelkoalition will Wohnungslosigkeit in Deutschland bis 2030 überwinden und hat hierfür einen Nationalen Aktionsplan entwickelt. Zur Umsetzung ist eine gemeinsame Kraftanstrengung aller Ebenen nötig. Im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse darf dies nicht von der Finanzlage einzelner Länder oder Kommunen abhängig sein, der Bund muss hier auch finanziell Verantwortung übernehmen.</p>
<p>Unsere Forderungen in Stichpunkten</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Mehr Prävention und bezahlbaren Wohnraum: <ul style="list-style-type: none"> ➤ Das Recht auf Wohnen ins Grundgesetz aufnehmen, flächendeckend Housing First; ➤ Die Neue Wohngemeinnützigkeit, in Förderprogrammen Kontingente für Betroffene festlegen und diese um den Aufkauf von Belegungsrechten erweitern; ➤ Serielles und unbürokratischeres Bauen, Harmonisierung der Landesbauordnungen; ➤ Kommunen handlungsfähiger gegen Leerstände und Zweckentfremdung machen; ➤ Zuweisung von Sozialwohnungen in Notfällen ohne Anspruchsberechtigung; ➤ Pilotprojekte für lokale Soziale Wohnraumagenturen sowie Beratungsstrukturen für Familien in Wohnungsnotsituationen fördern; ➤ Ausbau des Angebotes an Frauenhäuser; ➤ Erleichterter Zugang zu Hilfen nach §67 SGB XII und der Eingliederungshilfe; ➤ Garantiesicherung für das Existenzminimum ohne Sanktionen, Übernahme der tatsächlichen Kosten der Unterkunft, leichteren Zugang von EU-Bürger*innen zum Bürgergeld; ➤ niedrigschwellige Zugänge zu Jobcentern und Wohnfachstellen sowie eine bundesweiten 24-Stunden-Notfallnummer unter "119"; ➤ Datenschutzrechtliche Anpassungen für frühere und automatisierte Information von Kommunen über drohenden Wohnungsverlust; ➤ Ermöglichung von Vorschüssen von Jobcentern, einfacherer Wiedereinweisung und städtischen Mietübernahmen bei drohendem Wohnungsverlust; ➤ Mietrechtsänderungen, u.a. mit Neuregelung der Schonfristzahlungen und besserem Schutz vor Eigenbedarfskündigung; ➤ zuverlässige Schnittstellen und Hilfen beim Übergang z.B. aus Krankenhaus, Strafvollzug, Psychiatrie, gemeinsamer Wohnung oder Flüchtlingsunterkunft. • Das Hilfesystem umbauen: <ul style="list-style-type: none"> ➤ Für alle Menschen, unabhängig von Staatsbürgerschaft und Aufenthaltsstatus, gleichen Zugang zu allen Angeboten der Wohnungslosenhilfe; ➤ bundesweite Leitlinien für Mindeststandards in den Einrichtungen im Rahmen eines Wohnungslosenhilfegesetzes; ➤ eine Erweiterung der Bauförderprogramme zum Umbau von temporären Obdachlosenunterkünften in permanente Unterbringungen oder Sozialwohnungen; ➤ dezentrale, (sprach)barrierefreie, zielgruppengerechte Angebote, u.a. für Frauen und Familien gemäß Artikel 3 GG und analoger Anwendung des AGG; ➤ dass allen Hilfebedürftigen auf Wunsch nach spätestens drei Monaten mindestens ein abschließbares Einzelzimmer angeboten wird; ➤ eine Flexibilisierung des § 67 ff. SGB XII sowie ein Bundesprogramm, um Modellprojekte auf Selbsthilfebasis zu fördern. • Bessere Gesundheitsversorgung für wohnungslose und obdachlose Menschen: <ul style="list-style-type: none"> ➤ Aufnahme aller obdachlosen Menschen in die Regelversorgung mit Schwerpunktpraxen mit multiprofessionellen Teams sowie aufsuchender, niedrigschwelliger Versorgung und Sprachmittlung. Zusätzliche ehrenamtliche Hilfsangebote werden weiter unterstützt; ➤ Frühzeitige Behandlung von Infektionskrankheiten und deren Prävention, z.B. durch Impfangebote und Schutzmaßnahmen; ➤ Bedarfsgerechter, wohnortnaher Ausbau von Psychiatrie, flexiblen und barrierefreien Entzugsangeboten sowie Drogenkonsumräumen als Gemeinschaftsaufgabe aller politischen Ebenen; ➤ Beratung, Hilfe und ggf. Beitragsschuldenerlass bei fehlendem bzw. eingeschränktem Krankenversicherungsschutz und Mitteilung des Ruhendstellens an die zuständigen Stellen (nach datenschutzrechtlicher Anpassung);

<p>Unsere Forderungen in Stichpunkten</p>	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Flächendeckender Ausbau der Clearingstellen, finanziert durch den Bund und Einführung eines anonymen Behandlungsscheins; ➤ Die Gesundheitsversorgung von wohnungslosen Frauen muss berücksichtigt werden, insbesondere deren reproduktiven Rechte, dazu gehören kostenlose Verhütungsmittel und Menstruationsprodukte.
<p>Welches Problem adressiert dieses Projekt, wie begründen wir die Handlungsnotwendigkeit, ist es neu oder alt?</p>	<p>Angesichts einer dramatisch hohen Zahl wohnungsloser Personen von mehreren Hunderttausend müssen wir dringend umsteuern und das bestehende System auf den Prüfstand stellen. Die Gründe für Wohnungslosigkeit sind dabei ebenso vielfältig wie die Betroffenen. Darunter sind viele Kinder und Jugendliche, zugewanderte EU-Bürger*innen, Familien und Geflüchtete, für die es praktikable Lösungen braucht. Wer Wohnungslosigkeit überwinden will, darf keine neue entstehen lassen. Deswegen müssen bezahlbare Wohnungen geschaffen werden und die Menschen in die Lage versetzt werden, ihre Wohnung zu bezahlen. Darüber hinaus müssen frühere, passgenaue und aufsuchende Hilfen vor dem Wohnungsnotfall persönliche Tragödien und jahrzehntelange Belastungen des Sozialsystems verhindern. Hierfür müssen wir die gesetzlichen Grundlagen schaffen und die Kommunen stärken. Dass so viele Menschen trotz bestehender Angebote menschenunwürdig unter Brückenpfeilern leben, in Zelten, Behelfsbehausungen oder Hauseingängen, ist ein Armutszeugnis für ein so reiches Land. Uns spornt dies an zu einem modernen, sicheren und niedrigschwelligen Hilfesystem, das für mehr Akzeptanz sorgt. Menschen ohne festen Wohnsitz sterben viel früher als die Allgemeinbevölkerung und sind in der Praxis häufig von der Regelversorgung ausgeschlossen, was den Behandlungserfolg gefährdet und langfristig sogar die Kosten im Gesundheitswesen erhöht. Andere nehmen aus Scham, Unkenntnis oder Überforderung Angebote nicht in Anspruch. Und ohne die Lösung von psychischen und Suchtproblemen ist Obdachlosigkeit nicht zu überwinden.</p>
<p>Hauptangriff bzw. Kritikpunkt - Hauptgegenargument?</p>	<p>Wohnungs- und Obdachlosigkeit wird nicht als gesellschaftliches Problem, sondern als selbstverschuldet betrachtet. Dementsprechend muss der Einsatz öffentlicher Mittel möglichst gering bleiben</p>
<p>eine gänzlich neue Idee, bzw. baut auf bestehender Programmatik auf? Was hat die Ampel in diesem Bereich bereits aus KOAV oder grünem WP umgesetzt, bzw. warum nicht?</p>	<p>Die Überwindung der Wohnungslosigkeit bis 2030 ist ein Projekt aus dem Koalitionsvertrag. Ein erster Schritt war die Erstellung des Nationalen Aktionsplanes. Wir wollen dieses Versprechen mit Leben füllen und konkrete Vorschläge für die notwendigen Veränderungen machen, um das Ziel zu erreichen.</p>
<p>Was ist uns über die finanziellen Auswirkungen bekannt?</p>	<p>Viele der vorgeschlagenen Maßnahmen sind gesellschaftlich notwendig und kommen auch Menschen mit niedrigem Einkommen zugute, die (noch) nicht wohnungs- oder obdachlos sind. Zweifellos entstehen zusätzliche Kosten. Andererseits sparen präventive Maßnahmen und eine geregelte Gesundheitsversorgung viele Folgekosten.</p>
<p>Wer sind Unterstützer*innen / Gegner*innen?</p>	<p>Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, Sozialverbände, Deutsches Institut für Menschenrechte, Wohnungsgenossenschaften, Deutscher Verein, BIFG, Ärztekammern, Bundesverband Anonymer Behandlungsschein und Clearingstellen für Menschen ohne Krankenversicherung</p>
<p>Ansprechpartner*in/nen</p>	<p>Karen Haltaufderheide-Uebelgünn (karen@haltaufderheide.com) Katharina Wittig (katharina.wittig@outlook.com)</p>